

Ressort: Gesundheit

Ärzte und Verbände fordern Abschaffung von Paragraf 219a

Gießen, 23.11.2017, 15:56 Uhr

GDN - Vor dem Hintergrund des Prozesses gegen eine Allgemeinmedizinerin ist eine neue Debatte über die Rechtsgrundlage für Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland entfacht. Etliche Frauenärztinnen, Ärzte und Beratungsstellen haben sich mit der Ärztin solidarisiert, die sich am Freitag vor dem Gießener Gericht wegen Werbung für Schwangerschaftsabbruch verantworten muss.

Die Gynäkologin Edith Beckmann sagte der Tageszeitung "Neues Deutschland" (Freitagsausgabe), der Prozess sei "Anlass für eine Gesetzesänderung". "Ich muss sagen, was ich alles mache. Und auch Beratungsstellen wie 'Pro Familia' und Co. Frauen, die diese Hilfe brauchen, einen Schwangerschaftsabbruch, die müssen auch wissen, wo kriege ich denn überhaupt einen", so Beckmann. Des Weiteren kritisiert Beckmann den Paragrafen 218, da dieser "Frauen erst mal kriminalisiert". Rechtsanwälte der Internationalen Liga für Menschenrechte, der Demokratischen Juristinnen und Juristen sowie der Verein Republikanischer Anwältinnen und Anwälte sprechen sich für die Streichung des Paragrafen 219a aus, der Werbung für den Abbruch von Schwangerschaften verbietet.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-98087/aerzte-und-verbaende-fordern-abschaffung-von-paragraf-219a.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619